LINKE UND PIRATEN BEANTRAGEN BEITRITT ZUR "ALLIANZ DER CHANCEN"

Veröffentlicht am 28.02.2025 um 18:08 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Die „Allianz der Chancen“ ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, Organisationen und Verbänden zur besseren Organisation, Qualifikation und Vermittlung von Arbeitnehmenden. Nachdem die Stadt Hannover am Dienstag den Beitritt beschlossen hat, hat die Fraktion Linke und Piraten in der Regionsversammlung nun einen gleichlautenden Antrag gestellt.

Hierzu äußert sich Felix Mönkemeyer (Die Linke) wie folgt: „In einem immer härteren Kampf um die besten Köpfe ist es auch für die Regionsverwaltung wichtig, einen direkten Zugriff auf mögliche Kandidatinnen zu haben. Gerade in direkter Konkurrenz zur Stadt Hannover darf man dabei nicht nur zuschauen. So wie die Stadt Hannover bereits ehemalige Mitarbeiterinnen von Kaufhof in ihren Ordnungs- und Sicherheitsdienst integriert hat, gibt es in der Regionsverwaltung gerade für Hochqualifizierte gute Möglichkeiten für eine Anschlusstätigkeit, wenn die bisherigen Arbeitgeberinnen in wirtschaftliche Turbulenzen geraten. Und das passiert momentan ja am laufenden Band. Daneben wird auch die Verwaltung der Region Hannover mit ihren rund 3.200 Angestellten durch das Ausscheiden der Babyboomer-Generation in den nächsten Jahren einen noch größeren Personalbedarf haben als ohnehin schon. Hier gilt es also, neben der eigenen Nachwuchsausbildung kurzfristige Lückenschließungen zu ermöglichen, die immer wieder auftauchen, um den gewohnten Service weiter gewährleisten zu können.“

Bruno Adam Wolf (Piratenpartei) ergänzt: „Ein sich stetig wandelndes Arbeitsbild durch neue Aufgaben, aber auch neue Technik wie Künstliche Intelligenz, erfordert eine flexible Personalplanung und die stetige Suche nach passenden Mitarbeitenden. Und das ist nicht die einzige Folge. Das Einsparpotenzial durch eine solche Möglichkeit der Rekrutierung ohne das Schalten von Stellenanzeigen ist immens. Der ursprüngliche Regionshaushalt 2025 hat für Stellenausschreibungen 546.700 Euro angesetzt. Zwar ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein der angekündigten Einsparnotwendigkeit von 115 Millionen Euro über vier Jahre, aber man muss dennoch jeden Strohhalm greifen, der vorbeischwimmt.“